

**„Wählen gehen und Position beziehen:
Für ein Rheinland-Pfalz, das Vielfalt lebt und Menschenrechte schützt!“
- Aufruf zur Landtagswahl am 22. März 2026 in Rheinland-Pfalz -**

Am 22. März 2026 wählt Rheinland-Pfalz einen neuen Landtag. Wir wollen auch weiterhin in einem Bundesland leben, das der Würde des Menschen und den Grundwerten der Demokratie verpflichtet ist. Von den Parteien, die am 22. März 2026 zur Landtagswahl antreten, erwarten wir deshalb, dass sie

- sich vorbehaltlos zur Würde jedes einzelnen Menschen und zur Unteilbarkeit der Menschenrechte bekennen;
- die gesellschaftliche Vielfalt in Rheinland-Pfalz als Bereicherung anerkennen und die Beiträge wertschätzen, die Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiografie zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung des Landes leisten;
- die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie die Pressefreiheit achten,
- die Unabhängigkeit der Gerichte anerkennen und die Verbindlichkeit der Rechtsprechung respektieren;
- keine rechtliche oder sonstige Ungleichbehandlung deutscher Staatsbürger*innen mit oder ohne Zuwanderungsgeschichte anstreben;
- die Arbeit der demokratischen Zivilgesellschaft fördern, anstatt sie zu diskreditieren, zu kriminalisieren oder zu behindern.

Wir rufen alle wahlberechtigten Rheinland-Pfälzer*innen dazu auf, am 22. März 2026 von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, damit Einfluss auf die Zukunft unseres Landes zu nehmen und sich mit ihrer Stimmabgabe zu Demokratie, Gerechtigkeit und Menschenrechten zu bekennen!

Mainz, den 16. März 2026

Dieser Wahlauf Ruf wird unterstützt von:

Arbeit und Leben gGmbH Rheinland-Pfalz/Saarland | Armut und Gesundheit in Deutschland e.V. | Deutscher Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz/Saarland | Institut zur Förderung von Bildung und Integration e.V. - INBI e.V. | ism e.V. - Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. | Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus Rheinland-Pfalz“ | LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz e.V. | Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz - NdRLP e.V. | Netzwerk für Demokratie und Courage in Rheinland-Pfalz | Netzwerk Kirchenasyl Rheinland-Pfalz/Saarland | QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. | Verband Deutscher Sinti und Roma - Landesverband Rheinland-Pfalz | ver.di Landesbezirk Rheinland-Pfalz-Saarland

Aktiv für Flüchtlinge 2.0 Bad Kreuznach | Amnesty International Mainz | Beirat für Migration und Integration der Stadt Alzey | Beirat für Migration und Integration der Stadt Bad Dürkheim | Beirat für Migration und Integration der Stadt Bad Kreuznach | Beirat für Migration und Integration der Stadt Ingelheim | Beirat für Migration und Integration der Stadt Kaiserslautern | Beirat für Migration und Integration der Landeshauptstadt Mainz | Beirat für Migration und Integration der Stadt Pirmasens | Beirat für Migration und Integration der Stadt Saarburg | Beirat für Migration und Integration der Verbandsgemeinde Sprendlingen-Gensingen | Beirat für Migration und Integration der Verbandsgemeinde Unkel | Beirat für Migration und Integration des Donnersbergkreises | Beirat für Migration und Integration des Landkreises Mayen-Koblenz | Beirat für Migration und Integration im Landkreis Alzey-Worms | Beirat für Migration und Integration im Landkreis Germersheim | Charles Franck - Integrationslose Landkreis Mainz-Bingen | Fallschirm Mensch e.V. | Frauenzentrum Mainz e.V. | Gemeinsam für Vielfalt e.V. - Unkel | Lerncafé Frankenthal im Mehrgenerationenhaus | LIGA - Leininger Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit | Mainzer Flüchtlingsrat | Medinetz Mainz e.V. | Runder Tisch für Flüchtlinge in Lahnstein | WiW - Bürgerinitiative Willkommen in Wöllstein e.V.

*Etwa 15 Prozent der erwachsenen Rheinland-Pfälzer*innen dürfen am 22. März nicht an der Landtagswahl teilnehmen, weil sie keine deutschen Staatsbürger*innen sind. Die große Mehrheit von ihnen lebt und arbeitet seit vielen Jahren und Jahrzehnten in Deutschland und in Rheinland-Pfalz. Von den Entscheidungen des Landtages sind sie mindestens ebenso betroffen wie deutsche Staatsangehörige.*

*Deshalb und weil Demokratie jede Stimme braucht, treten die Initiator*innen dieses Aufrufs - die **Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz**, der **Flüchtlingsrat RLP e.V.** und der **Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz** - für gleiche politische Teilhaberechte für alle Menschen ein, die rechtmäßig und dauerhaft in Deutschland und in Rheinland-Pfalz leben.*

Wer hier lebt, muss hier wählen dürfen!